

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach 1204 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 05 36 848 pppbr d

Inhalt

38. Jahrgang / 72

15. April 1983

Erhard Eppler, Vorsitzender der SPD-Grundwertekommission, gratuliert Richard Löwenthal zum 75. Geburtstag: Erfahrungen eines reichen, mutigen Lebens.

Seite 1

Wolfgang Clement schildert, wie der Dregger-Waigel-Flügel den NATO-Doppelbeschluss mißbrauchen will: Kein militärischer Knotenstock.

Seite 3

Klaus Kübler MdB fordert Konsequenzen aus dem Seveso-Will-Skandal: Gefährliche Chemie.

Seite 4

Dokumentation

Johannes Rau würdigte Richard Löwenthal auf einem Empfang der Friedrich-Ebert-Stiftung: Mit Gefühlen von Dankbarkeit, Respekt, Zuwendung und Rührung.

Seite 6

Erfahrungen eines reichen, mutigen Lebens

Richard Löwenthal zum 75. Geburtstag

Von Dr. Erhard Eppler

Vorsitzender der SPD-Grundwertekommission

Es gibt Professoren - und es muß sie geben -, die Zeit Ihres Lebens nur forschen und lehren, sich in ihr Fachgebiet verkriechen und dort ein Stückchen Wahrheit suchen. Und es gibt andere, denen es zwar auch um ein Stück Wahrheit geht, die sich aber immer gefordert wissen als Bürger ihres Staates. Für sie ist Wissenschaft soviel wert, wie sie in die Gesellschaft hineinwirkt, sie freier, gerechter, solidarischer macht.

In diesem Sinne war und ist Richard Löwenthal Wissenschaftler, seit er 1931 in Heidelberg studierte und promovierte. Kein Wunder, daß er, als er in Deutschland nicht mehr wirken konnte, dort ein Tätigkeitsfeld fand, wo Wissenschaft und Praxis immer näher beisammen waren als in Deutschland: in Großbritannien. Man könnte sich manche seiner messerscharfen, brillanten Analysen sehr wohl auch in französischer Sprache vorstellen, trotzdem ist "Rix" Löwenthal kaum zu verstehen ohne die Begegnung mit angelsächsischem Pragmatismus. Wenn mancher seine Thesen gelegentlich zugespitzt empfindet, so hat dies nicht mit mangelnder Unterscheidungskraft zu tun, sondern mit der Erfahrung des Publizisten, daß nur das im öffentlichen Bewußtsein bleibt, was über allgemeine Richtigkeiten hinausgeht und mit Widerhaken versehen ist, die irgendwo auch weh tun.

Verlag:

Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10/217
5300 Bonn 2
Telefon: (02 28) 8 12-1

Wird durch unsere
Mitglieder finanziert
Kontingente



Von jenem Werk "Jenseits des Kapitalismus", das 1947 unter dem Namen Paul Sering erschien und vielen in der Nachkriegsgeneration Orientierung bot, bis zu Loewenthals kritischen Beiträgen zur innerparteilichen Diskussion der letzten Jahre ist ein weiter Weg, aber keiner, der nicht nachzuzeichnen und nachzuvollziehen wäre. Wer so wie Richard Loewenthal und seine Familie von nazistischer Verfolgung betroffen war, wird bis zur Empfindlichkeit hellhörig gegen alle Töne, die ihm von damals bekannt vorkommen, sogar dann, wenn sie in einem ganz neuen Kontext auf etwas ganz anderes zielen.

Wer wie Loewenthal gelitten hat unter der Ächtung der Vernunft, wird sein Leben lang zuerst und zuletzt der Ratio verpflichtet sein, bis hin zu dem Punkt, so mögen manche einwenden, wo diese Ratio, etwa im Bereich der Sicherheit, ins Irrationale umschlagen kann.

Richard Loewenthal ist nicht nur ein Mann der bestechenden Analysen, er ist auch ein Mann des Gesprächs. Daß die Grundwertekommission der SPD ein so spannungsreiches, aufregendes und doch auf Gemeinsames, auf Integration zielendes Gremium geworden ist, hat mit der Gestalt des 75jährigen zu tun, der ebenso gut zuhören wie formulieren kann. Was er aus den Erfahrungen eines intensiven, reichen und vor allem mutigen Lebens einzubringen hat, ist für die SPD auch dann wichtig, wenn es viele zum Widerspruch herausfordert.

Die Grundwertekommission gratuliert Rix Loewenthal zu seinem runden Geburtstag und freut sich darauf, mit ihm auch in der zweiten Hälfte seines achten Lebensjahrzehnts zusammen zu arbeiten, zu streiten und sich mit ihm immer wieder - im Interesse der Partei - zusammenzuraufen.

(-/15.4.1983/ks/ca)

+ + +



Kein militärischer Knotenstock

Der Dregger-Waigel-Flügel will den NATO-Doppelbeschluß mißbrauchen

Von Wolfgang Clement

Sprecher des SPD-Vorstandes

Es hat schon fast rituelle Züge: So oft sich in diesen Tagen die Sprecher der Union mit Fragen der Sicherheitspolitik befassen, so scheinbar selbstverständlich ist es ihnen, daß sie das in Form der Polemik gegen die Sozialdemokratie tun, aber die Sache weiterhin außer acht lassen, nämlich die im Laufe dieses Jahres in Genf zu ziehenden konkreten Konsequenzen aus dem NATO-Doppelbeschluß. Für eine Partei, die jahrelang die geistige Führung in unserem Land für sich reklamiert hat, ist das schon an sich ein merkwürdiges Verhalten: Sie verlangt der Opposition genau jene Kursbestimmungen ab, die sie selbst unterschlägt. Die an Unverständlichkeiten und Verquastheiten schwerlich zu überbietenden Koalitionsvereinbarungen von CDU, CSU und FDP, die das Feld der Außen- und Sicherheitspolitik völlig unbeachtet lassen, sind dafür ein Beispiel.

Einer der herausragenden Polemiker dieser Gattung ist der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Alfred Dregger. Geradezu gebetsmühlenartig präsentiert er beinahe täglich seine Klischeevorstellungen über eine Sozialdemokratie, die er - getreu gehabtem Muster - in den Ruch der Bündnisunzuverlässigkeit im Westen und der Willfährigkeit gen Osten zu bringen versucht. Dabei beschränkt sich seine eigene Positionsbeschreibung stets auf die Betonung militärstrategischer Aspekte im Ost-West-Verhältnis, aktuell also des Rüstungsteils im NATO-Doppelbeschluß, wohingegen er diesen Verhandlungsteil genauso konsequent außer acht zu lassen pflegt.

Herr Dregger ist nicht irgendwer. Neben ihm als dem Fraktionsvorsitzenden der Regierungspartei residiert der CSU-Landesgruppenvorsitzende Waigel, der kürzlich gesagt hat, daß die Sowjets nie an kontrollierter Abrüstung interessiert gewesen seien. Das war ein Schlüsselsatz, denn seine Konsequenz ist, daß Verständigungslösungen mit Moskau in Fragen der Abrüstung für unmöglich gehalten werden, es sei denn, man zwingt Moskau dazu mit wirtschaftlichem und militärischem Druck in die Knie. (Es kommt deshalb auch nicht von ungefähr, daß man in der amerikanischen Administration heute eher als früher glauben kann, das westliche Bündnis auf einen Kurs verschärfter Handelsrestriktionen gegenüber dem Osten bringen zu können!)

Das ist unser Vorwurf an den Dregger/Waigel-Flügel der Union, der ja nicht zu den unmaßgeblichsten im Regierungslager gehört: Daß er mit einer Politik der Stärke zur Abrüstung zu kommen versucht, was subjektiv durchaus guten Willens geschehen mag, aber mit Sicherheit ins Gegenteil führt, nämlich zur Fortsetzung des Rüstungswettlaufs.

Insoweit erleben wir derzeit eine Neuaufgabe der Diskussion um die politische Entspannung: Auch damals haben Dregger und andere den entspannungswilligen Kräften den Vorwurf der Willfährigkeit gegenüber Moskau gemacht, als es darum ging, zur politischen Vertragspartnerschaft zu kommen, die den beiderseitigen guten Willen zur Beendigung des "kalten Krieges" voraussetzte. Heute geht es um Vertragspartnerschaft auf dem militärischen Sektor: Das ist weitaus komplizierter und ebenfalls nur erreichbar, wenn beide Seiten den Willen mitbringen, sich aufeinander zuzubewegen.

Unter diesem, nun schon fast historischen Aspekt hilft Herrn Dregger auch nicht die geschichts-klitternde Inanspruchnahme Helmut Schmidts: Die SPD hat den Nato-Doppelbeschluß von Anfang an als einen Hebel zur Abrüstung betrachtet, und sie tut dies heute unverändert. Der Stein unseres Anstoßes, über den der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende sich heute in der "Esslinger Zeitung" verbreitet, ist deshalb nicht dieser Beschluß, sondern der bisher nicht ausreichend erkennbare Wille zum Kompromiß in Ost und West, der beiderseits die Voraussetzung jeden Vertragsschlusses ist. Davon hat Hans-Jochen Vogel vor wie nach dem 6. März gesprochen und sich damit gegen jene "hardliners" gewandt, die - wie Dregger - glauben machen wollen, Ost-West-Vereinbarungen seien nur mit Druck und Drohung, aber ohne eigene Bewegung zu haben.

Bundesregierung und Bundeskanzler werden am Ende dieses Jahres nicht an den starken Worten gemessen werden, die ihre Sprecher gegen die Sowjetunion produzieren. Maßstab ist, wie sie aus der Rolle des zuverlässigen und nicht unbedeutenden deutschen Partners im westlichen Bündnis den Abrüstungsprozeß zwischen den beiden Supermächten zu beeinflussen vermögen, und zwar so, daß - wenn irgend möglich - der nukleare Rüstungswettlauf in Europa gestoppt wird. Dazu ist der NATO-Doppelbeschluß, der ja nie ohne Zusammenhang zum Salt-beziehungsweise Startprozeß war, noch immer eine Chance - allerdings nur, wenn er als politisches Instrument genutzt und nicht im Sinne des Dregger-Waigel-Flügels als militärischer Knotenstock mißbraucht wird. (-/15.4.1983/hl/ca)

Gefährliche Chemie

Konsequenzen aus dem Seveso-Müll-Skandal

Von Dr. Klaus Kübler MdB

Aus dem Seveso-Giftmüll-Skandal sind baldige Konsequenzen zu ziehen. Es hat sich gezeigt, daß das den Giftmüll verursachende Unternehmen Hoffmann-LaRoche mit den giftigen Abfällen machen kann, was es will. Offensichtlich gibt es weder eine Aufklärungspflicht darüber, noch gibt es eine offizielle Entsorgungspflicht überhaupt. Es zeigt sich hieran einmal mehr, daß bei der gefährlichen Chemie nicht nur Sicherheits- sondern auch Entsorgungsfragen weit weniger gelöst sind, ja auch weit weniger im öffentlichen Bewußtsein standen, als in anderen gefährlichen Produktionsbereichen wie zum Beispiel der Kernenergie.

Daraus ist zu folgern und zu fordern:

1. Die Entsorgungsfrage von Chemieabfällen ist neu zu regeln. Die Entsorgung chemischen Mülls kann nicht länger Privatsache bleiben. Das Abfallbeseitigungsgesetz muß nicht nur die Frage des "wie" der Entsorgung chemischen Mülls regeln, sondern auch das "ob", also eine sichere Entsorgungsverpflichtung festlegen. Es geht also um die ganz grundsätzliche Frage der Neuregelung der Entsorgung chemischen Mülls.
2. Der Transport giftigen Mülls muß ebenfalls neu geregelt werden, so daß nur Transporte mit ausreichenden Sicherheitsmaßnahmen durchgeführt werden können. Dies gilt in gleicher Weise für Transittransporte chemischen Mülls, die bislang nur wie jeder andere Warentransittransport als Zollgut behandelt wurde. Hochgiftige chemische Mülltransporte wie Warentransittransporte zu behandeln, ist schon erheblicher politischer Leichtsin, der seinesgleichen sucht.
3. Die Bundesregierung ist aufgerufen, das neue Chemikaliengesetz konsequent anzuwenden und die Produktion von hochgiftigen Chemikalien von Anfang an zu verbieten. Die Forderung des hessischen Umweltministers Schneider hierzu ist voll zu unterstützen.
4. Bundes- und Landesregierungen sind aufgerufen, ihre Haltung zur Deponie ausländischen chemischen Mülls grundsätzlich neu zu überprüfen. Die Bundesrepublik ist ein so dicht besiedeltes Land mit sicherlich genügend eigenem Abfall an chemischem Müll und damit eigenen Müllproblemen, daß ausländischer chemischer Müll grundsätzlich nicht mehr in der Bundesrepublik gelagert werden sollte.
5. Die Praxis von deutschen und ausländischen Abfallbeseitigungsunternehmen, die in der Bundesrepublik tätig werden, muß einer sicheren öffentlichen Kontrolle unterzogen werden.

Der CSU-Bundesinnenminister erweist sich in der ganzen Seveso-Giftmüllaffäre in hohem Maße unbeweglich, ja starr. Energische Maßnahmen oder Initiativen sind von ihm nicht bekanntgeworden. Wie überhaupt der Bundesinnenminister sich durch viel politische Starrheit auszeichnet, nicht zuletzt erneut bestätigt durch sein gesamtes Verhalten bei der Frage der Durchführung der Volkszählung. Der Bundeskanzler wird sich jetzt schon erneut wieder fragen lassen müssen nach der Richtigkeit der Besetzung des Postens des Bundesinnenministers mit dem CSU-Abgeordneten Dr. Zimmermann.



Sehr, sehr seltsam muten in diesem Zusammenhang die Pressemeldungen an, daß sich Zimmermann am vergangenen Sonntag in München (warum nicht an seinem Dienstsitz in Bonn?) mit dem Verwaltungsratsvorsitzenden von Hoffmann-LaRoche - offensichtlich privat - getroffen habe. Beamte des Bundesinnenministeriums waren nicht dabei. Nach den Pressemitteilungen habe Zimmermann dabei erklärt, daß er die Gespräche und die Vorlage der Akten als einen "Beitrag zur notwendigen Aufklärung über den Verbleib der Seveso-Abfälle" begrüße.

Gleichzeitig, so am Montag, 11. April 1983, in vielen Tageszeitungen, richtete das Bundesinnenministerium nach Sichtung der Akten schwere Vorwürfe gegen den Chemiekonzern Hoffmann-LaRoche. Aus den vorgelegten Unterlagen seien auch eine Reihe von zentralen Feststellungen von Hoffmann-LaRoche nicht abzuleiten. Das Innenministerium vertritt die Auffassung, daß der Konzern über weitere Informationen und Kenntnisse verfügen müßte und forderte die Firma erneut auf, "endlich ihren Verpflichtungen zum Schutze von Leben und Gesundheit von Menschen nachzukommen und über den Verbleib des Seveso-Giftes Angaben zu machen". Das Innenministerium stellt unter anderem auch fest, daß bei den Unterlagen eine Vereinbarung fehlt, wonach über den Standort der Lagerung Stillschweigen zu wahren sei. Hoffmann-LaRoche hatte von einer solchen Vereinbarung gesprochen.

Diese Widersprüche zwischen den Äußerungen von Zimmermann und seinem Ministerium sind aufzuklären. Bei dem Gesamtverhalten von Hoffmann-LaRoche sind die abschottenden Äußerungen von Zimmermann scharf zu kritisieren. Wenn es zutrifft, daß Zimmermann in dem Gespräch mit dem Verwaltungsratsvorsitzenden von Hoffmann-LaRoche diese Äußerung tatsächlich getan haben sollte, ist er den Bemühungen seines eigenen Ministeriums aus Naivität oder mit Absicht in den Rücken gefallen. Zimmermann muß lückenlos aufklären, was er in seinem Sonntagsgespräch mit Hoffmann-LaRoche tatsächlich gesagt hat.

Im Übrigen sind die Erklärungen der Bundesregierung zu diesem Thema, insbesondere durch ihren auf diesem Gebiet offensichtlich besonders schwachen Pressesprecher Stolze, von Hilf- und Ratlosigkeit gekennzeichnet.

Der Boykottaufruf insbesondere auch des SPD-MdB Lambinus, Produkte von Hoffmann-LaRoche nicht zu kaufen, solange der Skandal nicht aufgeklärt ist, ist zu begrüßen. Der politisch mündige Bürger kann und sollte hier zeigen, daß er durchaus legitimen Druck ausüben kann, um an der Aufklärung des Verbleibs des Seveso-Mülls aktiv mitzuwirken.

(-/15.4.1983/ks/ca)

+ + +



D O K U M E N T A T I O N

Auf einem Empfang der Friedrich-Ebert-Stiftung zum 75. Geburtstag von Professor Dr. Richard Löwenthal erklärte am Freitag der stellvertretende SPD-Vorsitzende, NRW-Ministerpräsident Johannes Rau:

Mit Gefühlen von Dankbarkeit, Respekt, Zuwendung und Rührung

An diesem Geburtstag, den wir mit Gefühlen von Dankbarkeit, Respekt, Zuwendung und wohl auch Rührung mit Dir feiern, stellen wir fest: Wir Sozialdemokraten hören und lesen viel von Dir, seit mehr als drei Jahrzehnten. Was wir hören und lesen, hat zu tun mit unserer Geschichte, unseren Vorstellungen von den uns gestellten Zukunftsaufgaben, mit Geschichte und Gegenwart von Demokratien und ihren Feinden, Es hat zu tun mit unserer Kultur, mit unserer Gesellschaft, ihren Wertbegriffen, und mit Wandel und Krisen dieser Kultur.

Viele von uns haben Deine Erkenntnisse mit Neugierde, Interesse und Anteilnahme aufgenommen, haben sie nachvollzogen, oft mit Empfindungen großen intellektuellen Vergnügens, zumeist aber doch in dem Bewußtsein, einen Weg zu gehen, der von der Einsicht zum Tun führen soll. Mir kommt das in den Sinn beim Blick auf die Sammlung Deiner Aufsätze, die in den siebziger Jahren erschienen, bei Durchsicht der Dir vor fünf Jahren gewidmeten Festschrift unter dem Titel "Sozialismus in Theorie und Praxis" und beim Wiederlesen einer Bucheinleitung von 1974, in der Du Dich unter anderem mit dem deutschen "Identitätstrauma" befaßt.

Und zu bedenken ist in solchem Zusammenhang auch Deine Mitarbeit in unserer Grundwerte-Kommission, aus deren vor einem Jahr veröffentlichten Diskussionspapier begründete Einsichten nicht folgenlos bleiben können und dürfen. Und natürlich wollen und dürfen wir nicht die Erinnerung an die von Dir mit Leidenschaft und Argumentationskraft bestrittene Diskussion des Jahres 1981 verdrängen, bei der es nicht immer mit dem unverzichtbaren Verständnis, mit dem Verstehen-Wollen unter den Diskussionspartner zugegangen ist.

Sozialdemokraten haben damals um ihre Identität gerungen. Freilich ging es unseren Gegnern und manchen unserer Kritiker in ihren Beobachterpositionen wohl in erster Linie um Bekräftigung von Vorurteilen. Eine scheinbar gesplattene, entzweite Sozialdemokratie wurde als staatspolitisches Risiko dargestellt. Manche riefen Dich voreilig zum Zeugen für zwei verschiedene Arten deutscher Sozialdemokratie auf. Ich denke, Du hast das standhaft ertragen. Und im Rückblick müssen wir das wohl auch der Partei bescheinigen, ihrer Basis und ihrer Führung. Meine nicht auf den Inhalt der damaligen Diskussion bezogene Anmerkung ist heute, nach dem 6. März 1983, diese:

Wir rühmen gelegentlich den Zustand unserer politischen Kultur. Ich war mir damals und bin mir heute nicht so sicher, ob zur Blüte politischer Kultur nicht gehört hätte, jenseits mancher verständlichen Schadenfreude des politischen Gegners öffentlich doch einhellig festzustellen, daß und warum es aner kennenswert ist, wenn Sozialdemokraten fundiert über ihren Zukunftsweg streiten, statt Diskussion im Keim zu ersticken, statt einfach alles unter den Teppich zu kehren - etwa nach dem Motto: Das Image der Geschlossenheit geht uns über alles.

"Geschlossenheit" - wir beschwören sie nicht etwa, weil wir Angst haben, sie zu verlieren. Vielmehr erscheint sie uns unabdingbar als Voraussetzung für ernsthaftes, für ernst zu nehmendes politisches Handeln. Wir betonen, daß wir "Geschlossenheit" zurück- und neugewonnen haben seit dem Münchner Parteitag. Nicht nur Kritiker und politische Gegner erkennen sie von neuem, manche zweifeln aber an ihrem zukünftigen Bestand. Allerdings werden Sozialdemokraten niemandem diesen Gefallen tun. Aus ihrer Geschichte haben sie gelernt, was das heißt, sich zu zersplittern. Das heißt schlicht: politisch ohnmächtig zu sein.

Weil wir das gelernt haben und uns dessen bewußt sind, kann ich in dieser Stunde ohne Furcht und ohne "Schluckbeschwerden" auf einiges zurückkommen, was Dich, lieber Richard Löwenthal, und uns damals bewegt hat. Und ich will deutlich machen, was wir für uns wohl doch, ob wir das nun Identitätskrise nannten oder nicht, entschieden haben. Wir



sind keine Feinde der Industriegesellschaft. Wir halten eine soziale Fortentwicklung der industriellen Gesellschaft mit einer maximalen Förderung von Umweltschutz für vereinbar. "Fortschritt im Sinne der Vernunft" ist für uns keine Leerformel. Selbstbestimmung des einzelnen und gesellschaftspolitischer Einsatz - das ist für uns keine Alternative. Wir wollen eine kritische Jugend, aber wir erteilen Aussteigern unsere Absage.

Die Vermenschlichung der Industriegesellschaft bleibt unser Ziel. Wer sich der Gesellschaft auf Dauer entzieht, kann nicht unser Partner sein. Wir unterschreiben diesen Satz aus der vierten These Deines Papiers: "Die Sozialdemokratie kann die gegenwärtige wirtschaftliche Stagnation nicht als einen Weg zu idyllischer Stabilität beschönigen, sondern will das Menschenmögliche tun, um sie zu überwinden." Es muß sozialdemokratischer Impetus sein, sich der lokalen Bedürfnisse und Bedrängnisse anzunehmen. Demokratie ist in unserem Verständnis nicht ein aufgepfropfter Überbau. Aber Rechtsstaat und Demokratie müssen die Bedürfnisse und Interessen der Gesamtgesellschaft wahren. Ihnen sind im Zweifel punktuelle lokale Interessen unterzuordnen.

Es ist nicht unsere Sache, uns egoistische Randgruppen-Forderungen zu eigen zu machen. Wir wollen vielmehr Minderheiten und Benachteiligten Platz einräumen in unserer Mitte - nicht auf Kosten der Mehrheitsbedürfnisse, sondern weil dies Teil der Vermenschlichung unserer Gesellschaft ist. Wir bestehen darauf, daß sich die in Godesberg erkannten und bekräftigten Grundwerte: Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität, verbinden lassen, auch in einer sich wandelnden, unter Krisen wandelnden, Industriegesellschaft.

Seinen Sinn und seine Kraft behält auch dieser Satz des Godesberger Programms: "Nur durch eine neue und bessere Ordnung der Gesellschaft öffnet der Mensch den Weg in seine Freiheit." Diese Ordnung anzustreben, sie jenseits paradiesischer Heilserwartungen zu erreichen und zu verwirklichen, bleibt unser Auftrag. Wenn ich mit unter diesen Aspekten Dir, lieber Richard Löwenthal, zuwende, der Du ohne Zweifel großen Anteil an der "Identitätsfindung" von Sozialdemokraten hast, dann laß mich kurz dieses sagen: Es kann mir heute nicht darum gehen, die wissenschaftliche Arbeit des Nationalökonomens, des Soziologen zu würdigen.

Ich möchte mich bescheiden. Ich möchte beschreiben, wie wir Deine Erkenntnisse, Dein Wirken in unserer Mitte begreifen sollten, welchen Gebrauch wir von Deinem Nachdenken und von Deinem Vordenken machen können. Dabei greife ich ein Dir vertrautes Wort auf, ein englisches Wort: "Observer". Für diese politische Zeitschrift warst Du nach dem Kriege als Korrespondent und Kommentator tätig. Das Wort "Observer" übersetzen wir mit "Beobachter". Du hast als Publizist und als Wissenschaftler Politik beobachtet und analysiert. Du hast das nicht fern vom Geschehen, etwa aus dem "Elfenbeinturm" getan, sondern Du warst mitten dazwischen. Du hast die Welt der Demokraten und Diktatoren, der Nationen und der Parteien, der Revolutionen und der Restaurationen beobachtet. Ich erweitere mein Nachdenken ein bißchen: Vom Lateinischen abgeleitet war früher das Wort "observabel" gebräuchlich. Das heißt auf deutsch "bemerkenswert". Das ist ein schlichtes Wort. Wir sollten es dennoch nicht unterschlagen.

Wo manche von uns hingucken (und oft rasch wieder weggucken), beginnst Du genau zu beobachten. Und "observabel" will mir erscheinen, was Du so genau beobachtest, "observabel", also "bemerkenswert", wird uns Deine Mitteilung davon.

Ich will das von Helmut Schmidt zu Recht kritisierte Wort "Rollenverständnis" hier nicht mißbrauchen. Aber unstreitig ist unter uns gewiß, daß wir Dir (und übrigens auch anderen Intellektuellen in unserer Partei) das zutrauen und mit Vertrauen darauf bauen, "genau zu beobachten" und "Bemerkenswertes" zu finden, zu werten und uns damit zu konfrontieren.

In solchem Sinn warst und bist Du "Observer", wobei ich jetzt nicht nur an die Grundwerte, an die Beurteilung geschichtlicher und politischer Prozesse, an Forschungen im Bereich von Gesellschafts- und Zeitgeschichte denke, sondern auch an den langen Weg der Sozialdemokraten. Genaue Beobachtung macht nicht Halt vor der politischen Willensbildung und ihrer Umsetzung in Tages- und Zukunftspolitik. In diesen Tagen wird über die Ergebnisse Deiner Beobachtungen, die wir rechtens Erkenntnisse nennen, Ausführliches gesagt und geschrieben werden.



Ich will mich beschränken auf wenig, was mir charakteristisch erscheint.

Dabei kann Dein Lebenslauf nicht ausgeklammert werden:

Geboren vor fünfundsiebzig Jahren in Berlin; im Jahr des Tirpitzschen Flottengesetzes, im Jahr, als Schumpeters Theorie der Nationalökonomie erschien, in jenem Jahr als eine Reform des Dreiklassenwahlrechtes in Preußen scheiterte (sieben Sozialdemokraten waren trotzdem im Preußischen Abgeordnetenhaus). Studium in Berlin und Heidelberg, Promotion 1931 in Heidelberg, das war das Jahr der "Harzburger Front" im übrigen auch das Jahr von Spenglers "Mensch und Technik". Vier Jahre später Emigration nach Prag, dann nach London. Publizistische Tätigkeit, 1947 unter Pseudonym das erste Buch "Jenseits des Kapitalismus". Dann Dozenten- und Forschungsjahre in Berlin, an der Harvard-Universität in Cambridge/Massachusetts USA, am Otto-Suhr-Institut in Berlin, in den sechziger Jahren in New York, in Kalifornien und in Oxford/England. Bücher über "Chruschtschow und den Weltkommunismus", über "Die Hochschule für die Demokratie" erschienen. Dazu und dazwischen eine Fülle von Aufsätzen. Sie befassen sich mit den politischen Systemen, mit dem Begriff und der Interpretation von "Freiheit", mit der Zukunft des Sozialismus, mit Gegenwart und Zukunft der Industrieländer, mit Demokratie gestern und heute, mit Weimar und Bonn, mit Nation und Nationalbewußtsein, mit Geschichte und Geschichtsbe-
wußtsein.

Ich will hervorheben, was mir davon bemerkenswert war und blieb.

- Die Beschreibung der Widersprüche in totalitären Systemen, insbesondere die Analyse kommunistisch regierter Systeme.
- Die Auseinandersetzung mit Marx und seinen Prognosen, vor wenigen Wochen zu diesem Thema der bislang letzte Aufsatz unter dem Titel "Der Prophet einer diesseitigen Erlösung" in der FAZ.
- Die Legitimationsprobleme kommunistischer Parteien.
- Die Fragen des Eurokommunismus.
- Die Grundprobleme des Sozialismus, seiner Theorie und seiner Praxis.
- Der Demokratische Sozialismus als die Partei der "Freiheit des Geistes".
(Das werden wir in den kommenden Jahren deutlicher zu akzentuieren haben.)
- Die westliche Kultur und ihre Krisen.

In solchem Zusammenhang muß wohl auch von "Werten" gesprochen werden, mit denen Richard Löwenthal sich auseinandersetzt, deren Entwicklung und Anpassung, deren Überlebensfähigkeit er nachgeht.

Ich nenne jene, die Du seit langem und immer wieder erneut als unsere Leitmotive erkannt, analysiert und bekräftigt hast:

- Die Unersetzlichkeit des Individuums.
- Die Vernunft und in ihrem Gefolge die "Aufklärung".
- Die Reformfähigkeit der Gesellschaft.
- Die Abkehr vom Kollektivismus.
- Die Erziehung zum kritischen Denken (und in ihr enthalten die "Erziehung der Erzieher").
- Die Solidarität in der Gesellschaft.
- Die von Willkür unabhängige Rechtsordnung.
- Die Menschlichkeit jenseits der Utopien.



Ich habe mich auf Stichworte beschränkt, weil ich weiß, daß den meisten unter uns Dein Leben und Werk vertraut sind. Es liegt mir fern, Rollen und Funktionen von Intellektuellen in unserer Partei oder gar in unserer Gesellschaft beschreiben zu wollen. Aber ich will wenigstens anzudeuten versuchen, was wir Dir, lieber Richard Löwenthal, Deiner Arbeit, Deinen Beobachtungen, der von Dir bewirkten Erhellung, was wir Deinem Bemühen um "Aufklärung" zu verdanken haben.

- Ich nenne Deinen unverzichtbaren Beitrag zum Verständnis der Geschichte der Arbeiterbewegung.
- Ich nenne Deine Kritik an den diesseitigen Erlösungsideologien.
- Ich nenne das beharrliche Bemühen um Identitätsfindung und -bewahrung der Sozialdemokraten.
- Ich nenne Deine Auseinandersetzung mit Krisenpropheten.
- Ich nenne die Fülle Deiner Arbeiten, die einer menschlichen Arbeits-, Sozial- und Wirtschaftsordnung gewidmet sind.
- Ich nenne schließlich Deinen Mut, Deine Überzeugungskraft, Deine Unbeugsamkeit im Willen, die Demokratie zu verteidigen.

Wären wir nicht Sozialdemokraten, dann hätten wir heute wohl einen hohen Orden zu vergeben, an Dich für Dein Werk und für Dein Mitwirken. Ich vermute, daß Du in diesem Augenblick noch einmal dankbar ist, daß wir Sozialdemokraten in solchen Dingen stockrepublikanisch sind.

Indessen macht es wohl Sinn, Dir an diesem Geburtstage in einem Jahr, das uns mit unerlässlichen Gedenkterminen mehr als eindringlich zur erneuten Vergewisserung unseres Weges, unseres Selbstverständnisses und unserer Erinnerung aufruft, besonders Dank zu sagen dafür, daß Du uns kritisch und, ich glaube, auch liebevoll anspornend und wegweisend begleitet hast.

Dies weiter zu tun, wie es Deine Kräfte erlauben, darum bitten wir Dich. Der Weg vor uns ist, wie wir alle wissen, nicht der Weg in eine perfekte Gesellschaft. Aber es ist auch nicht der Weg in die Hoffnungslosigkeit, in die Verzweiflung, in die Katastrophe.

Unsere Krisen hast Du beschrieben, aber auch unsere Chancen, die Chancen nämlich, daß wir auch in Gefährdungen unsere Lernfähigkeit bewahren können und daß wir unsere "grundlegenden westlichen Werte durch Erneuerung und Anpassung erhalten können".

Mit Dir sind wir der Überzeugung, daß dieser Weg der Erneuerung und Anpassung an Bewußtseins- und Verhaltenswandel "in einer Richtung liegen muß, die durch die Ideen des Demokratischen Sozialismus gewiesen wird". (-/15.4.1983/ks/ca)

* * *

Verantwortlich: Willi Carl

